

## Schuldendienste anstatt Sozialdienste: Zukünftiges Schicksal der Deutschsprachigen Gemeinschaft?

Die belgische Nationalbank stellt in ihrem Jahresbericht 2004 fest, dass der Konsum der Belgier in 2004 höher war als während der vergangenen Jahre. Gründe dafür sieht Guy Quaden, Gouverneur der Nationalbank, in der Rückkehr zu ausgeglichenen Staatshaushalten und in der Reduzierung der Staatsschuld. Dadurch sei das Vertrauen der Konsumenten gestärkt worden. Folgerichtig rät die Nationalbank der belgischen Regierung, die Sanierung der Staatsfinanzen konsequent fortzusetzen.

Im Gegensatz zur föderalen Regierung sind scheinbar die Entscheidungsträger in der DG noch immer der Überzeugung, dass Schuldenmachen ein ganz normaler Vorgang sei, um die Wirtschaft weiter anzukurbeln. Dementsprechend bleiben die großen Infrastrukturvorhaben, allen voran die Kulturzentren und die Verwaltungsgebäude in Eupen und in St. Vith, in ihren großen Dimensionen, auf der Tagesordnung. Und das, obschon die Kassen leer sind und den Banken jetzt schon große Summen an Schuldzinsen gezahlt werden müssen.

Offensichtlich spielt bei diesen Großprojekten auch kommunale Kirchturmpolitik eine Rolle: Die Stadt Eupen sagt: "Wenn St. Vith ein Kulturzentrum bauen darf, dann muss uns die gleiche Summe zugestanden werden." Und in St. Vith heißt es: "Wenn wir das Kulturzentrum nicht bauen, dann bekommt Eupen Alles und für St. Vith bleibt Nichts übrig."

VIVANT-Ostbelgien ist der Meinung, dass keine der beiden Stadtgemeinden noch die moralische Berechtigung hat, zum jetzigen Zeitpunkt, auf infrastrukturellen Großprojekten zu beharren, deren Notwendigkeit nicht unumgänglich ist!

Die zur Verfügung stehenden Gelder in der DG müssen zuerst für die Finanzierung der existenziellen Bedürfnisse und Projekte der Bevölkerung verwendet werden. Als Nächstes muss eine substantielle jährliche Schuldentilgung vorgenommen werden. Die dann noch vorhandenen finanziellen Mittel der Gemeinschaft und der Gemeinden, müssen, nach unserer Auffassung, vorrangig in Infrastruktur- und Materialprojekte im sozialen und im ökologischen Bereich, sowie in Personalaufstockungen im Sozial- und im Unterrichtsbereich eingesetzt werden.

Alle Sozialdienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft klagen bereits jetzt über ungenügende infrastrukturelle, apparative und/oder personelle Möglichkeiten. Dabei werden die Anforderungen an die verschiedenen Dienste in den kommenden Jahren stark ansteigen. Im Unterricht und in der Ausbildung wird es während der kommenden Jahren noch einen steigenden personellen Bedarf geben, bevor eine fallende Schülerzahl hier eventuell eine Entlastung bringen kann. Im Umweltbereich müssen ab sofort erhebliche Investitionen getätigt werden, wenn wir die Interessen unserer Kinder und Enkelkinder berücksichtigen wollen!

Wer diese gesellschaftlichen Zwänge nicht wahrhaben will, und wer Großbauten errichten möchte, die nicht unbedingt notwendig sind und die ihrerseits erhebliche Unterhaltskosten hervorrufen würden, der muss sich nach seiner Auffassung von Verantwortlichkeit fragen lassen. Ganz unerträglich sind da Argumente, welche auf der Hoffnung beruhen, dass diese Bauten in Zukunft den Tourismus ankurbeln würden. Spekulationen und ihre Finanzierung auf Pump können einem privatwirtschaftlichen Hasardeur noch verziehen werden, im öffentlich-rechtlichen Bereich sind solche Vorgehensweisen vollkommen unverzeihlich!

VIVANT-Ostbelgien vertritt deshalb die Auffassung, dass die Vernunft beide Städte zwingt, auf die geplanten Großprojekte zu verzichten. Und dass die Deutschsprachige Gemeinschaft die Gelder für kulturelle Betätigungen, sowohl in Bezug auf Infrastrukturvorhaben als auch bezüglich Funktionszulagen, für beide Stadtzentren der DG, mit Augenmaß und ausgewogen verteilt zur Verfügung stellen muss!

Joseph Meyer, Eliane Nix, Ernst Meyer - VIVANT- Ostbelgien